

2006 -09- 14

Die Bundesministerin  
= für auswärtige Angelegenheiten

zu 4695/J

Dr. Ursula Plassnik

Herrn Präsidenten des Nationalrates  
Univ.-Prof. Dr. Andreas KHOL  
Parlament  
1017 Wien

13. September 2006

GZ. BMaA-EU.4.36.35/0154-IV.7a/2006

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Eva Glawischnig-Piesczek, Kolleginnen und Kollegen, haben am 14. Juli 2006 unter der Zl. 4695/J-NR/2006 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „das Ignorieren der Terrorgefahr bei grenznahen AKW durch die Bundesregierung“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 3:**

Seit dem 11.9.2001 wird das Thema Nuklearsicherheit verstärkt im Rahmen der bilateralen Nuklearexpertentreffen mit einer Reihe von europäischen Ländern erörtert. Im Rahmen des Zuständigkeitsbereichs meines Ressorts wurden Nuklearinformationsabkommen mit folgenden Staaten, die kerntechnische Anlagen betreiben, abgeschlossen: Ungarn, Deutschland, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Polen, Slowenien, Ukraine, Schweiz. Mit den Nachbarstaaten finden jährliche Expertentreffen statt.

./2

- 2 -

Innerhalb der EU werden technische und sicherheitspolizeiliche Maßnahmen der Gefahrenabwehr von Atomkraftwerken oder anderen potentiellen Terrorzielen in erster Linie von den Umwelt- beziehungsweise Innenministern der EU-Mitgliedstaaten diskutiert. Ich verweise daher auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfragen 4696/J-NR/2006 durch die Bundesministerin für Inneres und 4694/J-NR/2006 durch den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Tressnik". The signature is written in a cursive, flowing style with a large initial 'T'.